

Sankt PaulinX



Nr. 2 Sommer 2009

Twin Towers auf die Reeperbahn? Oh No!

Seite 6-7

Enttarnung der
Pfeffersäcke
Seite 4-5

Schanzenfest
muss bleiben!
Seite 12

Die Verhältnisse zum Tanzen bringen ...

... ist unsere Vision in dieser krisenhaften Zeit. Und eigentlich stehen die Chancen dafür angesichts der umfassenden Kapitalismuskrise ja gar nicht schlecht. Eigentlich ... Dass dann aber ausgerechnet die FDP in der Gunst der Menschen zulegt, die in Reinform das predigt, was die Krise ausgelöst hat – absurdur geht's kaum. Na ja, auf St. Pauli haben schon `ne Menge Menschen begriffen, wer für diese Krise verantwortlich ist (s. auch Kasten unten).

Anfangen zu tanzen sollen schon bald auf St. Pauli monströse Türme, für die Ähnliches versprochen wird wie seinerzeit für den Schanzenturm, etwa ein öffentlicher Zugang zu einer Aussichtsplattform. Dass daraus auch wieder nix wird, ist schon jetzt klar. Und wahrscheinlich werden die Tanzenden Türme ähnlich wie der Schanzenturm „Opfer“ von Sachbeschädigungen in Form von Farbbeuteln. Ansonsten dominiert die

Farbe grau: an der Fassade und wohl auch bei den Anzügen der Herren, die dieses Haus mit „Leben“ füllen sollen.

Nicht nur der Kapitalismus, sondern auch die Beach-Clubs sind noch nicht tot. Letztere sind mit den Stimmen aller Fraktionen außer der LINKEN vorerst bis 31.10.09 auf die Intensivstation Parkdeck an den Landungsbrücken gehievt worden. Der Widerstand gegen die Beach-Clubs, gegen das Bernhard-Nocht-Quartier und gegen andere Vorhaben zur weiteren Yuppisierung des Viertels formiert sich insbesondere beim Aktionsnetzwerk gegen Gentrification. Näheres hierzu unter www.esregnetkaviar.de.

Eine interessante Lektüre der 2. Sankt-PauliX wünscht Euch im Namen der ganzen Stadtteilgruppe

*Markus Schneider-Johnen,
Sprecher DIE LINKE. St. Pauli*

Europawahl auf St. Pauli

- * In keinem anderen Hamburger Stadtteil hat DIE LINKE einen so hohen Stimmenanteil erhalten wie auf St. Pauli!
- * Auf St. Pauli hat DIE LINKE den größten Stimmenzuwachs aller Parteien zu verzeichnen: Von 232 Stimmen bei der Europawahl 2004 (damals: PDS) auf nun 690 Stimmen. Für den Stimmenanteil der LINKEN heißt das: Er ist von 9,8% auf 18,0% gestiegen.
- * Ganze 10 Stimmen mehr hätten wir benötigt, um die SPD als zweitstärkste Partei auf St. Pauli bei dieser Wahl abzulösen.
- * Die GAL bleibt zwar die Partei mit den meisten Wahlkreuzchen auf St. Pauli, hat aber 14,8% weniger Stimmenanteil erreicht als 2004 (41,8 statt 56,6%). Anscheinend begreifen immer mehr Menschen, dass die Grünen nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems sind.
- * Die CDU ist wieder einstellig: Ihr Stimmenanteil sank von 11,0 auf 8,5%.
- * Den höchsten Stimmenanteil holte DIE LINKE in einem Stimmbezirk im Wahllokal Friedrichstraße mit 24,5%. Knapp dahinter folgen zwei Stimmbezirke im Wahllokal Wohlwillstraße mit 23,6% und 24,0%.

Alle Ergebnisse aus den Hamburger Bezirken, Stadtteilen und Stimmbezirken sind zu finden unter www.wahlen-hamburg.statistik-nord.de.

Stoppt die Soziale Erhaltungsverordnung die Yuppisierung St. Paulis?

Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD) lässt sich in der Springer-Presse feiern als Retter von St. Pauli, weil am 28.5. in der Bezirksversammlung ein Beschluss über eine Plausibilitätsuntersuchung zum Erlass einer sozialen Erhaltungsverordnung für die Wohngebiete in St. Pauli gefasst wurde. Was ist da dran?



**Statt „Goldener Anker“ und Mietwohnungen:
Neubau mit 10 Eigentumswohnungen**

Zunächst mal ist festzustellen, dass die Initiative viel zu spät kommt. Das soziale Umfeld, das es zu erhalten gegolten hätte, ist in St. Pauli in den vergangenen Jahren bereits weitgehend zerstört worden. Alteingesessene BewohnerInnen wurden durch das „segensreiche“ Wirken von Spekulanten verdrängt. Gleichwohl sprechen wir LINKEN uns für die Einleitung einer sozialen Erhaltungsverordnung aus. Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass alle Wohngebiete St. Paulis in die Verordnung einbezogen

werden. Auf unsere Initiative hin wird nach Abschluss der Plausibilitätsuntersuchung eine Veranstaltung mit den Sanierungsbeiräten Wohlwillstraße und Karoviertel und allen Interessierten zu den Chancen und Grenzen einer sozialen Erhaltungsverordnung stattfinden.

Sollten die Plausibilitätsuntersuchungen zu positiven Ergebnissen kommen, wird die Bezirksversammlung den Erlass der Verordnung bei der Stadtentwicklungsbehörde beantragen, es werden weitere Untersuchungen angestellt und wenn alles sehr gut läuft, gibt es die Verordnung in einem oder anderthalb Jahren. Bis dahin kann weiter abgerissen und umgewandelt bzw. „entwickelt“ und „aufgewertet“ werden.

Und was bewirkt eine Erhaltungsverordnung, wenn sie denn kommt?

Die Erfahrung in der südlichen Neustadt lehrt, dass die Hoffnung auf stabile Mieten unberechtigt ist. Dafür bräuchte es andere Instrumente. Allerdings bedürfen im Bereich der Verordnung Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen der Genehmigung bzw. können untersagt werden. Ebenso können Luxusmodernisierungen aus Profitinteresse verhindert werden. Das war es aber auch im Wesentlichen. Die Aufschickung wird nicht verhindert, aber gebremst. Und die Chancen für MieterInnen zur Gegenwehr werden deutlich verbessert. Das schreckt den einen oder anderen „Investor“ – vielleicht - ab.

Deshalb: Für soziale Erhaltungsverordnungen – aber Warnung vor dem Glauben, damit sei alles zu erhalten.

*Bernhard Stietz-Lejpnitz,
Vors. der Bezirksfraktion HH-Mitte*

Enttarnung der Pfeffersäcke

Seit der Aussetzung der Vermögenssteuer 1997 gibt es keine amtliche Vermögensstatistik mehr. Stattdessen veröffentlicht das „Manager Magazin Spezial“ jedes Jahr im Oktober eine Liste der „300 reichsten Deutschen“ nach Auswertung aller erreichbaren Unterlagen. Unter den 300 reichsten Deutschen sind 28 HamburgerInnen.

Im Epilog des Theaterstücks „Marat, was ist aus unserer Revolution geworden?“ wird die Liste der 28 reichsten HamburgerInnen verlesen, ausgenommen derer, denen diese Enttarnung unangenehm war und die eine einstweilige Verfügung auf den Weg gebracht haben. Für alle, die das sehenswerte Theaterstück am Hamburger Schauspielhaus noch nicht gesehen haben bzw. nicht sehen können, veröffentlichen wir an dieser Stelle eben diese **Liste der 28 reichsten HamburgerInnen**:

Rang	Firma/Branche	Vermögen in Mrd. €	
1.	Werner & Michael Otto	Otto-Versand, ECE-Immobilien	8,1
2.	Günter & Daniela Herz	German Lloyd, Mayfair-Holding	6,3
3.	Ingeburg Herz	Tchibo, Beiersdorf, Blume 2000	4,5
4.	Klaus-Michael Kühne	Kühne & Nagel, Hapag-Lloyd	4,1
5.	Friede Springer	Axel Springer-Verlag	3,15
6.	Familie Weisse	Ölhandel Marquard & Bahls	2,95
7.	Familie Jahr	u.a. Gruner & Jahr-Verlag, Spielbanken	2,9
8.	Heinz Bauer	Bauer-Verlag, u.a. RTL2, Bravo, TV Movie	2,9
9.	Familie Fielmann	Optiker	1,6
10.	Hermann Schnabel	Helm AG (Chemikalienhandel)	1,4
11.	Jürgen Grossmann	Georgsmarienhütte (Stahl), RWE	1,35
12.	Klaus & Jost Hellmann	Spedition	1,15
13.	Familie Möhrle	Max Bahr Baumärkte	1,0
14.	Helmut Greve	Immobilien	0,9
15.	Hermann H. Reemtsma	ehem. Reemtsma-Zigaretten	0,85
16.	Robert Vogel	Immobilien	0,85
17.	Jan-Philipp Reemtsma	ehem. Reemtsma-Zigaretten	0,75
18.	Christian Olearius	M.M. Warburg Bank	0,70
19.	Peter Krämer	Marine Service (Reederei)	0,60
20.	Thomas Eckelmann	Eurokai	0,60
21.	Max Warburg	M.M. Warburg Bank	0,55
22.	Thomas Ganske	Hoffmann & Campe, Jahreszeiten Verlag	0,55
23.	Familie Rickmers	Reederei	0,55
24.	Bernd Kortüm	Norddt. Vermögen (Reederei, Immobilien)	0,50
25.	Richard Gruner	Gruner & Jahr-Verlag	0,50
26.	Frank Leonhardt	Reederei Leonhardt & Blumberg	0,45
27.	Fam. Berenberg-Gossler	Joh. Berenberg-Gossler Bank	0,40
28.	Albert Büll	Büll & Liedtke Immobilien	0,40

Gesamtvermögen dieser 28 reichsten HamburgerInnen:
51,35 Milliarden Euro

DIE LINKE fordert seit langem, nicht erst seit der Finanzmarktkrise, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Unser Konzept sieht vor: Oberhalb von 5 Millionen Euro wären 2,5% Vermögenssteuer zu zahlen. Diese Steuer käme direkt den Bundesländern zugute, denn sie ist eine Ländersteuer. Wenn also diese 28 reichsten HamburgerInnen nur 2,5% Vermögenssteuer zahlten, kämen in Hamburg jährlich 1,28 Milliarden Euro mehr an Steuern herein. Das ist bei einem Stadthaushalt von rund 11 Milliarden Euro und einem Steueraufkommen von 8,6 Milliarden Euro (2008 vor Länderfinanzausgleich) ein riesiger Batzen! Was könnte Hamburg damit alles bezahlen? Und hinzu kämen ja noch die anderen Reichen mit weniger als 400 Millionen Euro Vermögen, die hier gar nicht aufgelistet sind. Und die Vermögenssteuer ist nur *eine* Steuer, deren (Wieder-)Einführung oder Erhöhung DIE LINKE fordert: Da sind noch die Erbschafts-, die Grunderwerbs-, die Grund- und Gewerbesteuer.

Es ist ein Skandal, dass der CDU/GAL-Senat im Bundesrat nicht zugunsten dieser Steuern aktiv wird. CDU und GAL machen Politik für die Reichen und Superreichen!



Kommentar

Steuerschulden sind keine Generationsfrage, sondern eine Frage der Verteilung

In dem Maße, in dem Millionäre, Großunternehmen und Börsenspekulanten wieder ordentlich Steuern zahlen, so wie z.B. in England und Amerika, gibt es weniger Schulden und mehr Geld für Schulen, kostenlose Kindergärten, Renten, usw.

Wenn die FDP weniger Steuern verspricht, dann ist das ein Versprechen an Reiche und Gutverdienende. ArbeiterInnen, KleinunternehmerInnen, Angestellte, RentnerInnen interessieren die FDP nur als WählerInnen. Das böse Erwachen kommt für diese nach der Bundestagswahl. Dann ist eines gewiss: Wer die Reichen schonen will, muss im Januar die Mehrwertsteuer erhöhen. Die Pläne liegen schon in der Schublade von Frau Merkel. Alle in Berlin wissen es. Aber nichts davon in den Zeitungen - jedenfalls nicht vor der Wahl.

Jammern nutzt nix. Und Kopf in den Sand auch nicht. Geht wählen und wählt links! Je mehr Einfluss die Linke hat, desto mehr können solche Grausamkeiten abgemildert werden. Der Widerstand gegen diese maßlosen Ungerechtigkeiten, die immer mehr Menschen in Armut, Verzweiflung, Einsamkeit und Krankheit treiben, lohnt sich - im Parlament und außerhalb.

*Christine Detamble-Voss,
aktiv bei ver.di
und DIE LINKE. St. Pauli*

Twin Towers auf die Reeperbahn? – Oh No!

„Es handelt sich bei diesem Projekt um ein weithin sichtbares Landmark-Gebäudeensemble“, gibt Matthias Pirschel, Leiter der Hamburger Niederlassung der Strabag Real Estate unumwunden zu. Ein weiteres Leuchtturmprojekt also für die Hansestadt, diesmal gleich im Herzen St. Paulis, quasi als Einganstor zur Reeperbahn. Geht es nach den politisch Verantwortlichen von SPD und GAL und natürlich auch nach der CDU und der FDP, dann zieren schon 2011 die „Tanzenden Türme“ den Eingang zur Reeperbahn. Bereits 2003 ging der Entwurf der Teherani-Combo als Sieger aus einem ArchitekturInnenwettbewerb hervor.

Sechs Jahre später (!) lud der Stadtplanungsausschuss für den 6. April zu einer öffentlichen Plandiskussion ins Wirtschaftsgymnasium Budapester Straße ein, um eine „frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung“ zu gewährleisten. Wie lächerlich diese Absichtsbekundung ist, wird deutlich darin, dass nicht etwa wie im Baugesetzbuch vorgesehen unterschiedliche Lösungsansätze für das Gelände präsentiert wurden, sondern im Grund schon feststeht, dass die Strabag im Sommer mit der Errichtung beginnen soll. Die Herren Politiker, Verwalter, Architekten und Investoren mussten nur noch eine Alibi-Anhörung über sich ergehen lassen. Bis auf eine einzige Äußerung waren alle Stellungnahmen aus der Bevölkerung durchweg negativ. Die Einwände wurden sogleich vom Podium aus abgebugelt oder ignoriert. Auch DIE LINKE wendet sich entschieden gegen das Vorhaben, dass auf dem Grundstück Reeperbahn 1 / Ecke Zirkusweg zwei Bürotürme mit 22- bzw. 24 Geschossen (Höhe: ca. 80 bzw. 90 Meter über Gelände) und dahinter ein 3-4-Sterne-Hotel (ca. 28,5 Meter über Gelände) gebaut werden sollen.

Ausschlaggebend für unsere Ablehnung sind wesentlich folgende Faktoren:

1.: Wir wollen keine Monstertürme mit hässlichen Glasfassaden. Das Empire Riverside Hotel, der Astra-Turm, das gesamte Brauereiquartier haben schon viel von dem Charme St. Paulis zerstört und die Skyline in sehr kurzer Zeit drastisch verändert. Mit dem Bau eines 22-24-geschossigen Büroturms wird dieser Trend fortgesetzt und bricht vom Hafen nach St. Pauli-Nord durch.

2.: In der Züblin-/Teherani-Vorlage heißt es, dass keine Wohnnutzung an diesem Standort geplant sei, denn: „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen würden ausschließlich exklusiven Wohnraum zur Folge haben, der weder dem Bedarf noch den Interessen der angesprochenen Klientel gerecht werden kann.“ Das ist o.k., dass Bonzen nicht dort wohnen wollen – und das soll auch so bleiben. Dass dort aber nur so teures Wohnen möglich sein soll, ist eine Folge von überdimensionierten Planungen und von Geldgier.

3.: Laut Herrn Pirschel von der Strabag ist es ihr Anliegen, „zur lebendigen Qualität St. Paulis beizutragen.“ Wie sie das mit einem Büroturm und ihren uniformen Angestellten tun wollen, bleibt sein Geheimnis. An Büros gibt es keinen Bedarf auf St. Pauli. Es gibt in der Umgebung ein Überangebot und von daher einen enormen Büroleerstand, so dass zusätzliche Büros lediglich den Konkurrenzkampf erhöhen. Auch das Gebäude gegenüber (Millerntorplatz 1) steht größtenteils leer. Zudem bekommt auch der Hamburger Immobilienmarkt die Folgen der Kapitalismuskrise zu spüren: Die Büronachfrage ist bereits stark zurückgegangen. Der österreichische Baukon-



Schöne neue St. Pauli-Welt ...

gegangen. Der österreichische Baukonzern Strabag, der seit 2005 Mehrheitsaktionär bei Züblin ist, will zwar die untere Hälfte der Türme beziehen, um dort sein Hauptquartier Norddeutschland zu errichten. Dafür werden sie aber andere Büros räumen. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht, sondern bestehende werden lediglich verlagert.

4.: Neben die Türme soll ein 8-geschossiges Gebäude mit einem 3-4-Sterne-Hotel gebaut werden. Der Gesamtbau ist also konzipiert für Büromenschen und wohlhabende Hotelgäste. Dass bei der Anhörung auf dem Podium noch die Position vertreten wurde, ein 1-Sterne-Hotel begünstige hingegen Fehlentwicklungen, zeigt, dass das Gefasel von SPD und GAL zum angeblich beabsichtigten Stopp der Yuppisierung St. Paulis nichts als Wahlkampfgetöse ist.

5.: In dem Baukonzept ist die Rede von einer „Ausgleichs“-Absicht: Das oberste Geschoss des südlichen Turms soll öffentlich zugänglich sein und evtl. gastronomisch genutzt werden. Sie gestehen also ein, dem Viertel Schaden zuzufügen – warum sonst sollten sie an einen „Ausgleich“ denken? Und dies wohl nur, um den zu erwartenden Widerstand gegen den Bau zu drosseln. Dies wird ihnen mit diesem Manöver aber nicht gelingen, zumal ein öffentlicher Zugang des obersten Geschosses ohne Verzehrwang nicht vorgesehen ist.

In den Twin Towers und im 3-4-Sterne-Hotel wollen die Bonzen unter sich bleiben. Die öffentliche Anhörung hat jedoch gezeigt:

St. Pauli will Euch nicht haben!

*Markus Schneider-Johnen,
Sprecher DIE LINKE. St. Pauli*

Paulinenstr.12: „Sonderdienststelle A“ gegen „Zigeunerplage“

Nichts an diesem Gebäude erinnert an eine städtische Dienststelle bzw. Beiträge zur Verfolgung der Sinti und Roma.

In den 20er Jahren lag die Sozialamts-Nebenstelle Paulinenstr. 12 nahe der Stadtgrenze zum preußischen Altona, als zentrale Anlaufstelle für Wohnungslose und Wanderer (W.u.W.). Hauptaufgabe: die „Wanderer“ möglichst aus Hamburg fernhalten. Anfang der 30er Jahre belagerten bis zu 900 Wohnungslose das Gebäude.

Im Frühjahr 1938 wurde die *Sonderdienststelle A* eingerichtet. Einzige Aufgabe: Kontrolle und Repression der in Hamburg (zeitweilig) lebenden Sinti und Roma. Neben an Nr. 10 eine Dienststelle der NSDAP Gauleitung West. Wie das Gebäude aus dem Privatbesitz eines jüdischen Arztes zum „Eigentum“ einer NSDAP-Parteidienststelle werden konnte und danach zum Privatbesitz eines arischen Hamburgers, wird z. Zt. untersucht. Etwa 250 Meter westlich lag die Sozialdienststelle Jägerstr. 35. In der heutigen Wohlwillstr. 35A befinden sich Eigentumswohnungen.

Im Juni 1938 hatte die Sonderdienststelle A bei der „Aktion Arbeitsscheu Reich“ bewiesen, dass sie zur Zusammenarbeit mit Gestapo und Kripo bereit war. Wobei die Definition von „Arbeitsscheu“ neben Gefängnisinsassen auch Sinti und Roma, Homosexuelle sowie Juden enthielt. 1939 wurde für einige Monate eine „Son-

derdienststelle B“ für Juden eingerichtet. Im Dezember 1939 planten Reichsstatthalter Kaufmann, SS und Sozialbehörde zwei Deportationen von „Zigeunern“ nach dem Osten.

Fast ein halbes Jahr später kam es tatsächlich dazu. Samstag, 11. Mai 1940, erschienen Beamte der Hamburger Sozialverwaltung zu einem Gespräch bei



Kriminalrat Lyss. Sinti und Roma sollten gen Osten deportiert werden. Drei Sammelstellen waren reichsweit festgelegt, darunter Hamburg für Hamburger und norddeutsche Sinti und Roma. Am 16. Mai 1940 hielt sich Hermann Hohm in der Sonderdienststelle A in der Paulinenstr.12 bereit, um ggf. fürsorglich für hinterbliebene Sinti- und Roma-Angehörige tätig zu werden. Fast 1000

Sinti und Roma aus Hamburg und Norddeutschland wurden vom Fruchtschuppen C im Hamburger Freihafen ins okkupierte Polen nach Belzec deportiert.

Neben Politik und SS-Apparat verfolgte auch die Hamburger Sozialverwaltung die Absicht, sich der als „gemeinschaftswidrig“ stigmatisierten Menschen zu entledigen. Die in der Paulinenstr. 12 ansässige Sonderdienststelle A hat dazu unzweifelhaft Ende der 30er bis Mitte der 40er Jahre beigetragen. Eine Deportationsstätte der Sinti und Roma wie anderer angeblich „Asozialer“ im Zentrum von St. Pauli – nicht völlig unbekannt, aber doch noch zu wenig erinnert.

Aus dem Bezirksparlament: Keine „Woche des Gedenkens“ in Hamburg-Mitte

„Seit zwölf Jahren wird in Anlehnung an die Initiative des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog in Deutschland mit der "Woche des Gedenkens" an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Den Auftakt der Feierlichkeiten bildet das Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee.“

(Zitat aus der Webseite des Bezirksamts Hamburg-Nord)

Die Fraktion Die LINKE stellte in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte am 23.6.09 den Antrag, analog zur „Woche des Gedenkens“ in Hamburg-Nord ab 2010 auch in Mitte eine solche Veranstaltungsreihe durchzuführen, die mit Bezirksmitteln unterstützt wird. Der Antrag wurde von SPD, GAL, CDU und FDP einhellig abgelehnt! Dabei kam es aus den Reihen der SPD zu Zwischenrufen wie „Ihr habt doch in der DDR selbst KZs gehabt!“

Als Argumente gegen eigene Aktivitäten des Bezirks wurden die künftige Gedenkstätte Lohseplatz in der Hafencity und andere Aktivitäten der Stadt angeführt. Im Übrigen gebe es doch neue historische Erkenntnisse über die Befreiung

des KZs Auschwitz, da sei die ewig gestrige Wortwahl „Befreiung durch die Rote Armee“ (siehe oben!) doch völlig unangebracht.

Olaf Harms von der Linksfraktion: „Die KollegInnen der anderen Fraktionen haben offenbar nicht verstanden, worum es uns geht. Wir wollen Aktivitäten in Schulen, Vereinen und anderen Einrichtungen unterstützen, die historisches Bewusstsein insbesondere bei jungen Menschen fördern. Die Mittel zur Förderung solcher Aktivitäten sind in den vergangenen Jahren erheblich zusammengestrichen worden. Die Relativierung des Holocaust darf aber keinen Raum bekommen im Bewusstsein unserer Kinder!“

„Wieder einmal zeigt sich, dass in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte nicht der Inhalt eines Antrags bewertet wird, sondern nur die Antragsteller abgewatscht werden sollen. Das wird uns aber nicht hindern, weiter zu fordern, was wir für notwendig halten“, so der Fraktionsvorsitzende Bernhard Stietz-Leipnitz

*Pressemitteilung DIE LINKE.
Bezirksfraktion Hamburg-Mitte*



Helmut Hübener - wir haben Dich nicht vergessen. Das Haus der Familie bei der Schilleroper soll wieder Deinen Namen bekommen. Die Bronzetafel wird schon geschmiedet.

Näheres zu Helmut Hübener in der nächsten Ausgabe.



35. Hurentag 2. Juni 2009:

Kampf um Anerkennung und Respekt auch in Hamburg weiter nötig

Der internationale Hurentag geht auf einen Streik französischer Huren zurück. Über 100 Frauen besetzten am 2. Juni 1975 eine Kirche in Frankreich, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Sie forderten, ihren Lohn einklagen zu können und das Recht auf Kranken- und Sozialversicherung. Danach gründeten sich Huren-Selbsthilfeorganisationen, die die rechtliche Gleichstellung von Sexarbeit zum Ziel hatten. In Deutschland führte ihr Engagement zum Prostitutionsgesetz, das seit 2002 gültig ist und einen Schritt in die richtige Richtung darstellt. Prostituierte können sich in der gesetzlichen, Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungen versichern. Bei der Gewerkschaft Verdi am Hauptbahnhof können sie Mitglieder werden und sich Rat holen, auch juristischen. Doch es muss mehr Geld für Sozialberatung und Straßensozialarbeiterinnen bereitgestellt werden. Und die Sperrgebietsverordnung in Hamburg ist ersatzlos zu streichen!

Sperrgebietsverordnungen und der internationale Frauenhandel gefährden Gesundheit und Leben der Frauen und Männer, die mit Sexarbeit Geld verdienen. Freier nötigen die Prostituierten, kein Kondom zu benutzen, sind oft brutal und rücksichtslos, besonders gegenüber drogenabhängigen, illegalisierten oder MigrantInnen unter den Prostituierten, die ihre Rechte nicht kennen. Anstatt diese

Freier zu stigmatisieren, verachtet die Gesellschaft die Huren oder glorifiziert sie in Literatur und Film, wie in der „flammierten Frau“ oder in der „Dreigroschenoper“.

Alle Erfahrung weist darauf hin, dass sich in einem Bordell gute Arbeitsbedingungen am besten organisieren lassen und den Straßenstrich verringern. Diese Erfahrung wird von Herrn Schreiber, Bezirksamtsleiter HH-Mitte, ignoriert. Unverdrossen und unerbittlich verfolgt er das Ziel, Prostitution raus aus Hamm, weg in menschenleere Gebiete. Konkret: Der Straßenstrich von der Süderstraße soll ins Industriegebiet am Bullerdeich in Hammerbrook. Dorthin, wo der Müll verarbeitet wird. Die Männer von der Stadtreinigung waren über soviel Menschenverachtung empört. Gleichzeitig versucht Herr Schreiber, mit einer Veränderung des Baurechts weitere Bordelle in Hamm zu verhindern. Was treibt diesen SPD-Mann an? Sind es die Hausbesitzer von Hamm, sind es die Kiezgrößen, die die Konkurrenz verhindern wollen, oder ist es dieselbe gnadenlose Energie, die Herrn Schreiber antrieb, als er die Bauwagen im Karo viertel platt machen ließ? Er liebt es eben sauber und ordentlich ohne Rücksicht auf Verluste.

*Christine Detamble-Voss,
stv. Vors. der Bezirksfraktion HH-Mitte*

Skorbut muss schließen!

„So sät man Hass, die Ernte ist euch gewiss. Ihr werdet's spür'n, habt ruhig schon Schiss“, heißt es in einem Song von Slime. Wer sich über die „Chaoten“ aufregt, darf die Augen vor den Ursachen nicht verschließen. Mit der Punkrock-Kneipe „Skorbut“ muss wieder eine Institution weichen, die im Herzen St. Paulis den Puls des Viertels mitgeprägt hat.



Im Herzen von St. Pauli und in der Nähe Terminvorschau

Offene Treffen

DIE LINKE. Stadtteilgruppe St. Pauli

jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat
um 19.30 Uhr in der
Landesgeschäftsstelle
der LINKEN, Kreuzweg
7 (Nähe Hbf).

Die nächsten Treffen:

**7. Juli / 21. Juli /
4. August/ 18. August/
1. September**

Mittwoch, 8. 7. 19 Uhr

Was tun gegen

Rechts?

Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 56:

ExpertInnen von avanti
und ver.di zur Hamburger
NPD, ihrem Umfeld
und zur sozialen Demagogie der Ultra-
Rechten



24. - 26. Juli:

Erster FC St. Pauli-Kongress

Bis 200 angemeldete TeilnehmerInnen
erarbeiten Leitlinien und
Lösungsansätze zu fünf
Themenfeldern:
1.:Catering, Tickets
2.:Spieltermine, Rechte-
verwertung
3.:Vermarktung, Spon-
soring, Merchandising
Trikots
4.:Rahmenprogramm
(u. a. Fanlieder)
5.:Selbstverständnis und
Miteinander zwischen
VereinsmitarbeiterInnen
und Fans
Die Veranstaltung steht
grundsätzlich allen Inte-
ressierten offen.

Nähere Infos unter: www.fcstpauli.com

Film „Empire St. Pauli“

Termine:

So., 5.7., 22 Uhr, B-Movie,Brigittenstr.5

**Di.,14.7., Open Air im Park Fiction,
Antonistr., ab 20.30 Uhr Musik, Essen
& Getränke (Prozesskostensoli), ca.**

22.15 Uhr Filmbeginn

**Fr., 19.7., 19 Uhr, HafencityUniversität,
Averhoffstr. 38**

**Di., 21.7., 22 Uhr, Open Air im Stadion
am Millerntor, präsentiert von 3001**

Fr., 30.7., 20 Uhr & 22 Uhr,

B-Movie, Brigittenstr.5

Weitere Infos unter:

www.empire-stpauli.de

Produktion:Steffen Jörg, GWA St. Pauli

8. Straßenfest Bernstorffstraße

Samstag, 22. August 2009, 11-23 Uhr



Nachdem 2008 das Straßenfest aufgrund
der Organisation zur Rettung des Studio-
kinos ausgefallen war, gibt es dieses
Jahr wieder das nicht-kommerzielle Fest.
Nähere Infos unter:

www.bernstorffstrasse.info

Impressum

Herausgeberin: **DIE LINKE. Stadtteilgruppe St. Pauli**

V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen

Mail: viva@die-linke-st-pauli.de

Redaktionsschluss für Nr. 3: 21. August 2009

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Legal - illegal – Scheißegal! - Schanzenfest muss bleiben!

„Seit 21 Jahren ist das Straßenfest im Schanzenviertel ein Ort der politischen Intervention. Als solcher bewegt es sich in denselben Widersprüchen, die uns auch im Alltag begegnen. [...] Nichtsdestotrotz stellt es einen Versuch dar, dem Elend der Normalität durch politische und kulturelle Selbstorganisation ein Stück weit entgegenzutreten.“
(aus: Flyer zum Schanzenfest)

Dass dieser Versuch den politisch Herrschenden der Stadt nicht passt, liegt auf der Hand. Folgerichtig hat Innensenator Ahlhaus kurz nach dem letzten Schanzenfest verkündet: „Ein rechtswidriges Schanzenfest wird zukünftig nicht mehr geduldet.“ Er will das Fest seines Geistes der Selbstorganisation und der Solidarität berauben. Inzwischen hat der Bezirk Altona versucht, einen Runden Tisch zu initiieren, um das Schanzenfest zu „legalisieren“. Verständlich, dass an einer solchen Vereinnahmung sowie an der damit zwangsläufig verbundenen Kommerzialisierung des Festes kein Interesse besteht. Aufgrund der Erfahrungen mit Ahlhaus' Politik etwa beim Klimacamp oder bei Demos in Wanderkesseln ist eine Kooperation mit seinen Vasallen unvorstellbar. Die Innenpolitik der Schwarz-Grünen Regierung führt die Law and Order-Marschroute von Schill und Nagel weiter. Oder merkt hier jemand, dass die GAL Veränderungen bewirkt?

Die GAL war auch beteiligt am Sanierungsverfahren in der Schanze, zu dem



es im Auswertungsbericht heißt: „Die durch das Sanierungsverfahren angestrebten positiven Veränderungen wurden erreicht. Das Quartier ist inzwischen ein attraktives innerstädtisches Gebiet, das mit seinen urbanen Qualitäten vor allem bei jungen Menschen sehr gefragt ist.“ Das Erreichen ihrer Ziele müssen die politisch Verantwortlichen ohne uns feiern und nicht am 4. Juli. Wir beteiligen

uns stattdessen am Schanzenfest, das wie zuvor eine Demonstration mit Festcharakter sein wird. Weitgehend haben sie die Schanze unter ihre Fittiche gebracht und geben jetzt vor, die Yuppisierung in Reinform hätten sie nicht gewollt. Genau diese Entwicklung geht aber

weiter: Die Machwitz-Ecke wurde neulich abgerissen; sie weicht hässlichen Glasbauten. McDreck steht schon in den Startlöchern, um sich im S-Bahnhof Sternschanze breit zu machen. Wir wenden uns gegen die eintönigen Konsummeilen und gegen die Ballermannstimmung im Schanzenviertel. Deshalb hat unsere Altonaer Bezirksfraktion auch im Bezirksparlament beantragt, dass das Schanzenfest weiterhin auf Initiative der BewohnerInnen stattfindet und keine weiteren Runden Tische hierzu organisiert werden.

**Für ein selbstorganisiertes und unangemeldetes Schanzenfest ohne Polizeigewalt und Videoüberwachung!
Wir feiern mit!**